

frage nicht hervor —, sondern sie äußert sich als unartikulierte Unbehagen¹⁹⁾ über die außenpolitische Gesamtsituation, was ein Neuüberdenken der Außenpolitik als wünschenswert erscheinen läßt.

Besonders erwähnenswert scheinen in diesem Zusammenhang drei Grundgegebenheiten:

- Die Frage bzw. die Auffassung der Wählerschaft, ob genügend für die liechtensteinische Außenpolitik getan wird, ist völlig getrennt von ihrem Verhältnis zur Schweiz. Dies ergibt die Korrelation der Frage 2 mit 6: Mehr als die Hälfte der mit der liechtensteinischen Außenpolitik Unzufriedenen finden die Ausrichtung Liechtensteins nach der Schweiz als richtig, und über 80 % wollen das Verhältnis zur Schweiz (wenigstens) nicht geändert wissen. Diese Tatsache untermauert die oben aufgestellte These, daß das Verhältnis Liechtensteins zur Schweiz von den liechtensteinischen Stimmbürgern nicht als Bestandteil der liechtensteinischen Außenpolitik betrachtet wird. Eine Bestätigung dessen bildet auch die Korrelation von Frage 2 mit 10 : 69 % der mit der Außenpolitik Unzufriedenen befürworteten eine regionale Kooperation mit der Schweiz.
- Der politische Informationsgrad, das ergibt sich aus der Korrelation von Frage 2 mit 9, hat keinen Einfluß auf die Einstellung der Wählerschaft zur Außenpolitik. Daraus läßt sich die Behauptung ableiten, daß sich die Bejahung bzw. Verneinung der gegenwärtigen außenpolitischen Situation Liechtensteins aus einer unreflektierten Parteiabhängigkeit der Stimmbürger, d. h. aus der Zugehörigkeit zu einem politischen Lager, ergibt. Diese Behauptung steht nicht unbedingt in Widerspruch zu der oben gemachten Aussage, daß das «Bedürfnis nach Außenpolitik» mit steigendem Ausbildungsgrad steigt, da politischer Ausbildungsgrad und wissensmäßiger Ausbildungsgrad nicht identisch zu sein brauchen.
- Der Anteil der «Unsicheren» ist, was die Außenpolitik anbetrifft, besonders hoch. 9 % der Befragten antworteten auf die Frage, ob Liechtenstein das Mögliche tut, um auf Beschlüsse, die im Ausland gefaßt werden, aber Rückwirkungen auf Liechtenstein haben, mit «weiß nicht». Daraus läßt sich die Behauptung ableiten, daß ein relativ großer Prozentsatz der Bevölkerung nicht abschätzen kann, welche Möglichkeiten Liechtenstein zur Verfügung stehen, um auf solche Beschlüsse einzuwirken.

¹⁹⁾ Zum Beispiel finden rund die Hälfte der mit der Außenpolitik Unzufriedenen, daß Liechtenstein das Notwendige unternimmt, um auf ausländische Beschlüsse, die sich irgendwie auf Liechtenstein auswirken könnten, Einfluß zu nehmen (Korrelation von Frage 2 mit 3).